Der Volksfreund

Erscheint wöchentlich einmal, Sonntags.
Zu beziehen durch die Verlagsabteilung des Deutschen Vereins, Lodz, Evangelische Str. 5.

Bezugspreis vierteljährlich 3 Mk. einschließlich der Postgebühr.
Anzeigenpreis: 50 Pf. die viergespaltene Kleinzeile.

Nr. 4. | Sonntag, den 12. Januar 1919. | 1. Jahrgang.

Und kann ich's hier auch nicht verstehen ...

Joh. 13,7.

Es geht nicht immer so im Leben,
Wie unser Wünschen es gewollt;
Dann gilt es, still sich drein ergeben,
Und nicht gemurrt und nicht gegrollt,
Und ohne eigenwillig Grämen
Das unser Weg nicht Gnade fand
In Gottes Augen, hinzunehmen,
Wie ihn gestaltet seine Hand.

Wir sehen ja nur kurze Strecken
Des Weges durch der Welt Gebraus
Und können Unheil nicht entdecken:
Gott aber siehet weit hinaus,
Er sieht, was unserm Blick verborgen,
Und darum ist es wohlgetan,
So oft sein väterliches Sorgen
Durchkreuzet unsern Lebensplan.

Glückselig, wer des Vaters Führen
Stets über eignes Wünschen stellt,
Und würde alles er verlieren,
Doch unentwegt am Glauben hält:
Gott läßt's zum Heile mir geschehen,
Mich weiter himmelwärts zu ziehen,
Und kann ich's hier auch nicht verstehen,
Versteh' ich's, wenn daheim ich bin.

G. H.

Vom lebendigen Brunnen.

Wen da dürstet, der komme zu mir und trinke. Ev. Joh. 7, 37.

Auf dem Ozean schwimmt ein kleiner Kahn, eine Nußschale auf den weiten Wassern. Die drin sitzen, sind Schiffbrüchige. Tagelang sind sie herumgefahren in der Hoffnung, Land zu erreichen; vergeblich! — Lebensmittel haben sie genug, aber das Trinkwasser ist ihnen ausgegangen. Glühend brennt die Sonne des Mittagslandes auf die Armen nieder. Die Zunge klebt ihnen am Gaumen, ihr Schlund ist vertrocknet wie eine Scherbe. Furchtbare Qualen des Durstes, und — ringsum nichts als Wasser! Sie trinken auch davon; wohl kühlt es zuerst die Zunge. Allein dann wird die Pein nur vermehrt, der Durst doppelt aufgestachelt, denn das Meerwasser ist salzig.

Endlich sind Mut und Kraft dahin. Sie lassen Ruder und Steuer fahren; stumpf und verzweifelt kauern sie auf dem Boden ihres Kahnes. Es kommt die Nacht, und der Schlaf entführt sie eine kurze Weile ihrem Jammer.

Da erhebt sich ein leiser Wind. Sachte treibt er das Boot an eine Insel. Als sie erwachen, wölbt sich ein grünes Laubdach zu ihren Häupten, und bunte Vögel wiegen sich in den Zweigen. Da springen die Elenden auf, eilen ans Land, suchen und — finden eine rieselnde Quelle süßen Wassers. Sie werfen sich zu Boden und trinken in langen tiefen Zügen. Dann fallen sie sich in die Arme und weinen vor Freude, erheben die Hände gen Himmel, jubeln und jauchzen: „Gott sei Dank, wir sind gerettet; wir haben Wasser, wir haben Quellwasser!"

Das ist ein Gleichnis. So deute es aus! Was das Wasser für den Leib, ist der lebendige Gott für die Seele. „Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser, so schreit meine Seele, o Gott, zu dir. Meine Seele dürstet nach Gott, nach dem lebendigem Gott." Ohne Gott vergeht die Seele in Durstqualen.

Aber gibts nicht Leute genug, die gar nichts nach dem lieben Gott fragen? Ihre Seele verlangt nur nach dem blinkenden Gold, der lockenden Lust, der gleißenden Ehre. Aber dieses Verlangen ist ja im Grunde nur Durst nach Gott. Denn sieh', all dieses macht die Seele des Menschen nicht satt. „Je mehr er hat, je mehr er will, nie schweigen seine Wünsche still." Das Sichtbare gleicht dem Meerwasser; es schafft nur kurze Befriedigung, dann aber brennt der Durst um so mehr. Eben dieses, daß der Mensch im Zeitlichen und Endlichen nicht Ruhe findet, zeigt deutlich an: er ist für den Ewigen und Unendlichen bestimmt. — Und auch daran magst du es erkennen: wenn der Seelendurst dem Menschen bewußt wird als Durst nach dem lebendigen Gott, dann verliert das Irdische mit einem Male den Wert, den es bis dahin für ihn hatte. Dann wird der Mensch wie ein kleines Kind, das im Jahrmarktsgewühl seinen Vater verloren hat. Vorher hatte es Gefallen an allerlei Tand und Spielzeug, an dem bunten Treiben und der lauten Lust, nun wird ihm das alles fremd und nichtig, denn es ist einsam und verlassen. Es weint und ruft in einem fort: „Ich will heim; ich will zu meinem Vater!"

Wo aber finde ich meinen himmlischen Vater? Wo kann der Seelendurst gestillt werden? „Wen da dürstet, der komme zu mir und trinke", so spricht Jesus, der Sohn Gottes. Ihn hat der Vater im Himmel als den öffentlichen, allgemeinen Brunnen in die Welt gestellt. In dem Heilande rieselt für uns das Wasser der ewigen Barmherzigkeit; siehe hier den tiefen, unerschöpflichen Born göttlicher Gnade. Die zu ihm kommen, jubeln und jauchzen: „Gott sei Dank! wir sind gerettet; wir haben Wasser für unsere Seele, himmlisches Quellwasser."

E. G.

Tagung des Deutsch-evang. Landesschulverbandes in Polen.

„Beschlußfassung über das Weiterbestehen des Verbandes" war der wichtigste, recht vielsagende Punkt der Tagesordnung für die außerordentliche Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes vom 3. Januar, — ein Verhandlungsgegenstand, der von vornherein erwarten ließ, daß die Beteiligung der Mitglieder trotz der Ungunst der Jahreszeit und trotz aller Verkehrsschwierigkeiten eine sehr stattliche sein werde. Diese Erwartung hatte sich auch erfüllt; über 250 beglaubigte Vertreter der deutsch-evangelischen Schulgemeinden waren aus allen Teilen Polens zu der Versammlung im Saale des Lodzer Männergesangvereins erschienen, um zu der Frage, die mit dem Bestand des deutschen Schulwesens in Polen überhaupt aufs engste zusammenhängt, im Augenblick weittragender Entscheidungen Stellung zu nehmen. Wir bringen im Folgenden an der Hand der stenographischen Niederschrift einen zusammenfassenden Bericht über den ganzen Gang der bedeutsamen Verhandlungen, die gewiß allen Teilnehmern als ein Markstein in der Geschichte des Deutschtums in Polen dauernd im Gedächtnis bleiben werden.

Gemeinsamer Gesang des Lutherliedes „Ein' feste Burg" leitete die Tagung ein, worauf Pastor Gerhardt, der als Gast der Versammlung beiwohnte und sie auf Bitten des Vorstandes mit Gebet und Ansprache einleitete, den Psalm 121 sprach, als stimmenden Akkord in ernster Stunde: „Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen, von welchen Hilfe kommt".

Da der Vorsitzende des Landesschulverbandes, Fabrikbesitzer Dr. Krusche, beruflich verhindert war, die Versammlung zu führen, übernahm der schultechnische Leiter des Verbandes, Direktor Korodi, im Auftrage des Arbeitsausschusses den Vorsitz; er begrüßte die zahlreich versammelten Vertreter der Schulgemeinden und insbesondere auch den Vertreter der staatlichen Schulbehörde, Dr. Endelmann, und richtete die eindringliche Bitte an alle Teilnehmer, in der folgenden Erörterung, bei aller Rückhaltlosigkeit der Aussprache, die nicht im geringsten die volle Oeffentlichkeit zu scheuen brauche, sich der Ruhe und Objektivität zu befleißigen, wie es der Würde der Sache angemessen sei. Redner erinnerte daran, daß er — wie bereits in der letzten Hauptversammlung (am 3. Oktober v. J.) berichtet wurde, — noch Ende August v. J. dem damaligen Kultusminister, Herrn Ponikowski, persönlich den grundsätzlichen Standpunkt entwickelt habe, den er, Direktor Korodi, in der Ausübung seiner dienstlichen Tätigkeit einzunehmen gedenke und in dessen Befolgung er sich eins wisse mit dem ganzen Vorstand des Landesschulverbandes: es handele sich ihnen allen um die Pflege des deutschen Volkstums in den ihrer Leitung anvertrauten Schulen

im Dienste des polnischen Staates,

sie wollten mit aller Hingabe das Problem lösen, die Anhänglichkeit an den Staat in vollen Einklang zu bringen mit der Treue zum angestammten Volkstum. Diese Auffassung fand die ungeteilte Billigung seitens der maßgebenden Persönlichkeiten im Kultusministerium, und bei dieser Gelegenheit versicherte der Landesschulinspektor Zlobicki dem Redner, es sei für das deutsche Schulwesen in Polen nichts zu befürchten. Bei anderem Anlaß erklärte ich, fuhr Direktor Korodi fort, den Vertretern der staatlichen Schulbehörden in Lodz, daß wir diesen Versicherungen aufrichtig Glauben schenken, denn nur wenn wir selbst solches Vertrauen hegen, haben wir ein moralisches Recht darauf, daß auch uns Vertrauen entgegengebracht werde, und weiter, daß wir bei auftauchenden Schwierigkeiten, — etwa bei der Regelung von Besitzfragen der einzelnen Schulgemeinden — nicht über Strohhalme stolpern wollen: uns liege an einer ehrlichen Verständigung im Interesse eines dauernden guten Verhältnisses mit unseren polnischen Mitbürgern.

Als dann, im November v. J., der große Umschwung in den politischen Verhältnissen eintrat, erachtete es die Leitung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes als ihre Pflicht, mit dem zuständigen polnischen Ministerium erneut in Fühlung zu treten und insbesondere auch um Abstellung verschiedener Uebergriffe örtlicher Instanzen in die Besitzverhältnisse der deutschen Schulen zu bitten. Eine Abordnung, bestehend aus dem Vorsitzenden des Deutsch-ev. Landesschulverbandes, Dr. Krusche, Direktor Korodi und dem pädagogischen Beirat Kunitzer, sowie dem Vorsitzenden des Deutsch-kath. Landesschulverbandes Müller, erstattete dem Minister für Volksaufklärung, Herrn Praus, in Warschau mündlich Bericht und erhielt hier die beruhigende Antwort, daß vorläufig alles beim alten bleiben solle, bis die Konstituante als gesetzgebende Körperschaft weitere Verfügungen treffen werde. In diesem Sinne sollte demnächst eine Zirkularverordnung an sämtliche Bezirksschulinspektoren herausgegeben werden. Der Minister machte zugleich wiederholt darauf aufmerksam, daß bei der Gründung von Schulgemeinden seinerzeit vielfach „mit Gewalt" vorgegangen worden sei und daß die gegenwärtigen Unzuträglichkeiten als Reaktion gegen jene Vorgänge in die Erscheinung träten. (Dazu ist zu bemerken, daß an einzelnen Orten, wo die Bevölkerung während des Krieges verschleppt war, nur sehr wenige zurückbleibende Einwohner die Gründung von Schulen beschlossen). Die Abordnung gab dem Herrn Minister die Bereitwilligkeit zu erkennen, die Ordnung solcher Streitfragen in der loyalsten Weise zu erledigen. Im übrigen wurde uns auch bei dieser Gelegenheit im Ministerium von berufener Seite versichert, daß das

deutsche Schulwesen hierzulande nicht angetastet werden solle,

solange es einen polnischen Staat gebe.

Mancherlei Erscheinungen, vor allem die Besorgnis vieler Lehrer um ihre persönliche materielle Sicherung für die Zukunft, hatten in den Kreisen gerade der Lehrerschaft eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Von solcher Stimmung getragen, erschien am 20. Dezember eine Gruppe von 9 Lehrern, die sich aus eigner Befugnis als „Lehrerkommission" bezeichnete — ohne irgend ein Mandat — in den Räumen des Landesschulverbandes und verlangte die Uebergabe der Geschäfte an sie selbst, in der Meinung, daß die Entfernung der reichsdeutschen Kräfte von der Leitung des Verbandes günstig einwirken werde auf die Stellungnahme der Regierung; sie gaben gleichzeitig ihrem Wunsch Ausdruck, daß die Lehrer an den deutschen Schulen „Staatslehrer" werden sollten. Die beiden Direktoren des Landesschulverbandes wiesen die Lehrer darauf hin, daß sie allein über ihr Verlangen nicht befinden könnten, da doch möglicherweise nach 2 Tagen 9 andere Lehrer von der Leitung des Verbandes Besitz ergreifen wollten; und übrigens sei der eine Direktor (Korodi) gebürtiger Siebenbürger Sachse und der andere (Flierl) seit einer Reihe von Jahren — noch aus der Zeit vor dem Kriege — in Lodz ansässig. Auf Anraten der beiden Direktoren entsandte dann diese Lehrergruppe eine Dreierabordnung nach Warschau, um sich beim Minister für Volksaufklärung weitere Informationen zu holen. Da sich gewisse äußere Schwierigkeiten ergaben, wurde auch hierin weitestgehendes Entgegenkommen gezeigt. (Da nämlich die Lehrer wegen der Deckung der Unkosten Sorgen hatten, wurden ihnen die Mittel für ihre Fahrt aus Verbandsmitteln angetragen, was sie dankend annahmen). Zugleich wurde die nach Warschau zu entsendende Abordnung zur Mitteilung an den Minister ermächtigt, daß beide Direktoren, Korodi und Flierl, bereit sind, von ihrem Posten zurückzutreten, wenn der Minister erklärt, daß das deutsche Schulwesen in Polen nur unter der Voraussetzung dieses Rücktritts zu sichern sei.

Am 27. Dezember erschienen die Lehrer Jeß und Stübbe auf der Geschäftsstelle des Landesschulverbandes und berichteten über ihre Audienz beim Minister Ponikowski. Ihre Behauptung, daß sie mit Herrn Ponikowski gesprochen haben, erwies sich als ein Irrtum, da dieser doch nicht mehr Minister ist. (Zuruf: Köstlich!) Auf Grund der näheren Personenbeschreibung ergab sich, daß die Abordnung offenbar den gegenwärtigen Minister für Volksaufklärung, Herrn Praus, meinte. Es ist demnach mit aller Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß dieser, gegenwärtig im Amt befindliche Minister die Abordnung empfangen hat, — ohne daß die Abordnung selbst wußte, mit wem sie sprach. Der Minister hat ihnen, so berichteten die beiden Lehrer, Folgendes erklärt: „Die deutsche Unterrichtssprache in den deutschen Schulen soll nicht angetastet werden, es soll aber auch Polnisch als Unterrichtsgegenstand unterrichtet werden und zwar vom 3. Jahrgang an". Darauf hat die Abordnung der 3 deutschen Lehrer vorgeschlagen, es solle schon im 2. Jahrgang polnischer Unterricht eingeführt werden, worauf der Minister erwiderte, „daß sei nicht zweckmäßig, weil die deutschen Kinder naturgemäß zuerst die gotischen Buchstaben lernen müßten und dann die lateinischen — wenn nun polnischer Sprachunterricht schon im zweiten Schuljahr noch dazu komme, so sei das zu viel, da lernten die Kinder überhaupt nichts". (Zurufe: Das muß der polnische Minister den sogenannten deutschen Lehrern sagen. Unerhört!) Im übrigen erklärte der Minister bezüglich des Landesschulverbandes, „daß die Konstituante in dieser Frage befinden werde und daß vielleicht schon vorher ein besonderes Dekret des Ministers herausgegeben werde. Die deutsche Schule solle deutsch bleiben, die Regierung wolle Toleranz üben, nur dürfe selbstverständlich in den Schulen nichts vorgetragen werden, was sich gegen den polnischen Staat richte".

Für diese vorurteilslose und sachgemäße Aeußerung des Herrn Ministers, fuhr Direktor Korodi fort, müssen wir dem Herrn Minister unsern ehrerbietigsten Dank aussprechen. Es gehört ein hoher moralischer Mut dazu, heute, wo das Urteil weiter Volkskreise durch die aufgepeitschte Leidenschaft so sehr getrübt ist, von so verantwortungsvoller Stelle sich so unbefangen zu äußern. Selbstverständlich ist es nach dem Urteil aller Sachverständigen in der ganzen Welt ein absoluter pädagogischer Unsinn, dem Kinde schon im zweiten Schuljahr zuzumuten, eine zweite Sprache zu lernen, wo es doch alle Kraft anspannen muß, um sich die elementarsten Kenntnisse in der Muttersprache anzueignen, dem natürlichen Nährboden aller Bildung, aber es gehört ein seltener Grad von Mannhaftigkeit dazu, vor dem wir uns in aller Hochachtung beugen, von so exponierter Stelle aus in einer so äußerst heiklen Frage in dieser unumwundenen Form der Wahrheit die Ehre zu geben. (Langanhaltender allgemeiner Beifall).

Es wurde sodann einmütig beschlossen, an den Herrn Minister für Volksaufklärung telegraphisch den Dank der Hauptversammlung für seine Stellungnahme auszudrücken.

Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut: „Indem die außerordentliche Hauptversammlung des Deutsch-ev. Landesschulverbandes Kenntnis erhält von der Zusicherung des Herrn Ministers für Volksaufklärung, daß das deutsche Schulwesen in Polen erhalten und in dieser Hinsicht alles beim alten bleiben solle, bis die gesetzgebende Körperschaft des polnischen Staates weiteres verfügt, sprechen die zur heutigen Tagung des Landesschulverbandes versammelten Vertreter des deutschen Schulwesens in Polen dem Herrn Minister für diesen Ausdruck toleranter Gesinnung ihren tiefgefühlten Dank aus und hoffen, daß diese von hochgesinnter staatsmännischer Auffassung getragenen Intentionen für alle Zukunft verwirklicht und dadurch die

zuverlässigsten Bürgschaften für ein brüderliches Zusammenleben aller Bürger

des polnischen Vaterlandes geschaffen werden."

Eine längere Aussprache knüpfte sich an die vom Vorsitzenden dem Vertretertag unterbreitete Entschließung, sie lautete:

„Da die von der Staatsregierung verfügte sehr bedeutende Gehaltserhöhung für die im Staatsdienst tätigen Lehrer — 6000 M. Mindestgehalt, 12 000 M. Höchstgehalt — nach den ge-

setzlichen Bestimmungen auch für die dem Deutsch-ev. Landesschulverband in Polen angeschlossenen Schulen verbindlich ist, sehen wir uns genötigt, vom Kultusministerium eine Erhöhung der Staatsbeihilfe zn erbitten, die der verfügten Steigerung der Lehrergehälter entspricht. Es geschieht dies unter der Voraussetzung, daß die autonome Stellung des Landesschulverbandes erhalten und die Unterrichtssprache in seinen Schulen deutsch bleibt, wobei dem polnischen Sprachunterricht der gebührende Raum gesichert werden soll."

Lehrer Diesner (Kolo) meint, die endgültige Antwort des Ministers für Volksaufklärung werde nicht so bald erfolgen, da er sich erst mit dem ganzen Kabinett über diese wichtige Frage verständigen müsse. Der Landesschulverband werde schon deshalb sich schwer behaupten können, da er bis dahin nicht imstande sein werde, die Staatsbeihilfe auszuzahlen.

Direktor Flierl teilt mit, daß der Staatszuschuß für das Quartal vom 1. Januar bis 31. März allerdings noch nicht angewiesen sei. Die von einzelnen Gemeinden noch nicht behobenen Staatsbeihilfen für das letzte Quartal, die der schwierigen Postverhältnisse wegen nicht versendet werden konnten, liegen aber zur Auszahlung bereit.

Direktor Korodi: Der Umstand, daß der Staatszuschuß für das laufende Vierteljahr von der Regierung noch nicht ausgezahlt wurde, deutet darauf hin, daß eine Entscheidung über die Zukunft des Landesschulverbandes für nächste Zeit zu erwarten ist.

Lehrer Schramm (Grabieniec): Der Bericht, der Ihnen von den Lehrern Jeß und Stübbe erstattet wurde, ist nicht vollständig. Ich will Ihnen die Worte des Ministers vorlesen: „Die Minderheitsrechte sollen berücksichtigt werden. In unsern Schulen wird die Unterrichtssprache die Haussprache sein, das heißt die deutsche Sprache. Unsere Schulen, die heute als Privatschulen gelten, werden verstaatlicht. Der Landesschulverband wird in den nächsten Tagen durch ein besonderes Dekret aufgelöst werden. (In dem offiziellen mündlichen Bericht der 3-Lehrer-Abordnung an den Landesschulverband war also diese Mitteilung absichtlich unterschlagen worden. In sinniger Weise sollte wohl dadurch der Dank für das Entgegenkommen der Verbandsleitung zum Ausdruck kommen! Anm. der Schriftltg.) Alle Personen, die — nicht nur in der Schule, sondern im allgemeinen — gegen den polnischen Staat auftraten, werden beseitigt werden."

Lehrer Jeß (Andrespol) macht auf den Aufsatz der „Lehrerkommission" (der erwähnten 9 Lehrer) in der „Neuen Lodzer Zeitung" aufmerksam.

Direktor Korodi bemerkt hierzu, daß es nicht am Platze war, sich vor der Versammlung in der Oeffentlichkeit so gehässig zu äußern. Wir wollen hier so verhandeln, wie es der Bedeutung der Sache entspricht. Mir ahnt nicht nur, sondern ich weiß über den Gegenstand auch mehr, als ich Ihnen in meiner Stellung hier verraten durfte. Es ist möglich, daß der Fall eintritt, man darf es vielleicht jetzt auch als Gewißheit annehmen, wie ich Ihnen nach dieser Mitteilung verraten darf, daß der Landesschulverband aufgelöst wird; aber lassen wir den Minister ruhig das tun, was er für gut hält und warten wir mit Ruhe und Würde das Ende ab.

Lehrer Rennert (Olechow): Wir sind hier zusammengekommen, um den Entschluß zu fassen, entweder den Landesschulverband bestehen zu lassen oder aufzulösen. Wir sind dem Herrn Minister dankbar für seine Mitteilung, daß die Polen wirklich tolerant sein werden, und vertrauen seiner Sache. Es handelt sich hier nicht um das Deutschtum. Wir haben bei den Russen unter schwierigen Verhältnissen gearbeitet und haben trotzdem das Deutschtum gewahrt, wir haben Andachten gehalten und den Katechismus gelehrt usw. Wir wissen ganz genau, was wir zu tun haben. Wir zittern auch um unsere Nachkommenschaft. Aus meinen Ausführungen seht Ihr, daß wir keine Sorge darum haben brauchen. Hier ist nur die eine Frage: Soll der Landesschulverband bestehen bleiben oder nicht? Wie ist der Landesschulverband überhaupt entstanden? In meine Gemeinde kamen zwei Herren und sagten: Der Landesschulverband ist gegründet, bitte unterschreiben Sie. Und heute sollen wir warten, bis der Herr Minister den Landesschulverband auflöst! Wir sind polnische Bürger und müssen mit ihnen zusammenhalten. Denken Sie, wie weit es kommen würde, wenn Sie beschließen würden, der Landesschulverband solle bestehen bleiben. Da würde der Minister sagen: Seht ihr, sie ziehen nach Berlin! Unser Wille ist, mit den Polen zu gehen, mit ihnen zu siegen, zu kämpfen und zu sterben. Der Landesschulverband muß aufgelöst werden. Hierauf erörtert Redner die Gehaltserhöhung der polnischen Lehrer. Wie kann der polnische Staat auch arbeiten, wenn ihm der Nagel in der Ferse sitzt, den ihm die deutschen Okkupanten hineingetreten haben?

Vorsitzender verweist auf seine frühere Aeßerung über die Organisation des Landesschulverbandes. Wenn der Herr Minister den Wunsch, den wir in Betreff der Erhöhung der Staatsbeihilfe an ihn richten, erfüllt, so ist ja die deutsche Schule und das erhöhte Gehalt der Lehrer gesichert.

Lehrer Kersten (Majdany): Ich glaube, es ist überflüssig, dieses Gesuch an den Herrn Minister zu richten, denn Sie werden uns doch nichts geben. Es wird Gerechtigkeit verlangt. Meine Schulgemeinde ist nicht ordnungsgemäß gegründet worden. Die Herrn des Landesschulverbandes sind jedenfalls nicht daran schuld, denn sie haben mit Liebe für unser Deutschtum gearbeitet, und wir machen sie nicht verantwortlich dafür. Es muß eine Untersuchung darüber angestellt werden, wo die Schulen durch Willkür gegründet wurden.

Direktor Flierl: Es trifft zu, daß die deutschen Schulgemeinden formell durch Beamte der deutschen Verwaltung gegründet wurden, der das hiesige Schulwesen bis September 1917 unterstellt war. Die deutschen Landwirte hatten jedoch zuvor zum Ausdruck gebracht, daß sie ihre deutsche Schule durch Verleihung eines Selbstbestimmungsrechtes gesichert wissen wollen; sie hatten selbst den Wunsch, Schulgemeinden zu gründen. Es stand ihnen frei, ihre Schulen dem Landesschulverband anzuschließen oder nicht. Wenn man gewisse Redner höre, so erscheine es, als ob die Landwirte dem Landesschulverband garnicht sympathisch gegenüberstünden. Er, Direktor Flierl, arbeite seit Oktober 1917 für den Verband und habe überall unter Landwirten und Lehrern gefunden, daß man die gegenwärtige Organisation des deutschen Schulwesens als glücklich betrachte. Erst der politische Umschwung habe, vor allem bei einigen Lehrern, eine andere Stimmung erzeugt. Die Landwirte stehen aber auch heute auf dem Standpunkt, daß der Verband bestehen solle. (Langanhaltende lebhafte Zustimmung.)

Lehrer Rennert: Herr Flierl meint, daß wir früher alle zugestimmt haben und jetzt wollen wir los vom Landesschulverband. Das trifft nicht zu. Wir wollen retten und sichern, was wir können und was nötig ist. Wir müssen mit den Wölfen heulen. Ich sage, jeder Wirt wird uns dankbar sein, wenn wir den Landesschulverband auflösen.

Vorsitzender: Ich möchte die Lehrerschaft gegen sich selbst in Schutz nehmen. Es ist nicht die Rede davon, daß wir mit den Wölfen heulen müssen, denn wir sehen die Polen ja nicht als Wölfe an. Wenn die Meinung, die hier wiederholt zum Ausdruck gebracht wurde, eine wahrhaft ehrliche ist, so betrachten wir unsere polnischen Mitbürger hier als unsere Brüder. Wir behaupten weder, daß sie heulen, noch auch, daß wir mitheulen müssen. Wir wollen uns klar und vernünftig auseinandersetzen und wollen dem natürlichen Gang der Entwickelung nicht vorgreifen, indem wir aus eigenem Antrieb die mit vieler Mühe geschaffene Organisation preisgeben.

Lehrer Rennert meint, daß er das Bild von den Wölfen nur angewendet habe inbezug auf die Uebereinstimmung mit den eigenen Ansichten.

Lehrer Will: Herr Flierl hat vorhin gesagt: „Wir freuen uns, daß das polnische Volk, das über 100 Jahre geknechtet wurde, frei geworden ist." Ja, wir freuen uns und wollen auch treue Staatsbürger sein und alles daran setzen, mit dem polnischen Volk in Frieden zu leben. Wir hoffen von der polnischen Regierung, daß sie unser Volkstum sich frei entfalten lassen wird. Es ist nicht wahr, daß der Landesschulverband zu dem Zweck ins Leben gerufen ist, aus uns Reichsdeutsche zu machen. Wir wollen ja nicht reichsdeutsch werden; dieser Boden ist hier heilig für uns.

Wir wollen Gut und Blut für dieses Land einsetzen,

aber unsere Eigenart wollen wir uns wahren und nicht Furcht haben. Wir wollen unsere Schulen behalten und die Selbstverwaltung für sie, und wenn wir selbst für ein halbes Gehalt unserem Volke dienen. Wir haben unsere Heimat hier und hier wollen wir leben und sterben.

Vorsitzender: Es ist mir von hochstehender Seite noch vor Monaten gesagt worden, es werde im Lande eine Agitation entfaltet, um die deutschsprachigen Bürger Polens zu veranlassen, reichsdeutsch zu werden. Es hätten sich Lehrer in den Dienst dieser Sache gestellt. Ich erwiderte darauf sofort, es wäre durchaus falsch, wenn dies geschähe, denn es würde dadurch ein Zwiespalt in die Seelen unserer hiesigen Landsleute getragen, der nur dazu beitrüge, ihre Stellung im Staate innerlich zu erschüttern, ihr Gefühl der Bodenständigkeit zu gefährden.

Lehrer Schramm: Wenn auch die Schulen dem polnischen Staat unterstellt werden, so werden die Lehrer, die die polnische Sprache nicht hinreichend beherrschen, ihre Stellen dennoch behalten. Ich habe den Herrn Minister in dieser Angelegenheit gesprochen und er sagte mir, daß diese Kollegen nicht zurückgewiesen werden. Es wird eine Zeit kommen, in der sie sich in der polnischen Sprache vervollkommnen sollen. Es werden Kurse für diejenigen errichtet werden. Der Landesschulverband kann, wie er heute aussieht, nicht weiter existieren.

Landwirt Glaß (Łączkowice): Wenn der Verband aufgelöst würde, es träfe unsere Schulen schwer! Wir würden mehr belastet werden und müßten befürchten, daß die deutsche Schule zurückbleibt. Der Verband muß bestehen.

Lehrer Will: Es ist wirklich wahr, daß in der Gegend von Warschau von deutschen Beamten den Landwirten Formulare vorgelegt wurden, worin sie erklären sollten, daß sie deutsche Reichsangehörige werden wollen. Ich habe im Namen des Deutschen Vereins diese Formulare selbst zerrissen und immer wieder betont, daß wir hierher gehören; hier sollen wir arbeiten, leben und sterben.

Vorstandsmitglied Eichler (Ksawerow): Ich wollte vom Deutschen Verein aus erklären, daß sich dieser nie in eine Reichsdeutschwerden-Agitation eingelassen hat und erst recht nicht der Landesschulverband. Beide haben im Gegenteil sich bei jeder Gelegenheit dahin geäußert, daß wir im Lande bleiben müssen und daß wir uns auch zu den polnischen Mitbürgern in freundlicher Weise stellen müssen. Wer an der Versammlung am 10. Dezember 1916 teilgenommen hat, der weiß, daß wir auf dieser Versammlung den Beschluß gefaßt haben, uns in die neue Staatlichkeit hineinzuleben. Es ist also Lüge und Verleumdung, was nach dieser Richtung Gegenteiliges hier und in dem vom Lehrer Jeß zum Lesen empfohlenen Aufsatz der „Neuen Lodzer Zeitung" behauptet wird. (Beifall.)

Lehrer Breyer (Brzeziny): Ich habe in Rußland von der Gründung des Landesschulverbandes erfahren. Ich und die Kollegen, mit denen ich dort sprach, haben diesen Vorgang freudig begrüßt. Wenn man aus dem, was man in der Vergangenheit erlebt hat, fähig ist, Lehren zu ziehen — Redner zählt Beispiele auf —, so ist es unverständlich, wie man das Selbstbestimmungsrecht über die Schule so einfach preisgeben will.

Landwirt Doberstein (Miodusy): Wir sind für den Verband. Wenn wir unsere Schulen nicht selber verwalten dürfen, so kann es dahin kommen, daß in den Schulen für unsere deutschen Kinder kein Platz ist, weil zuerst die polnischen Kinder angenommen werden.

Schulleiter Jahnke (Alexandrow) stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Es wird beschlossen, die in der Rednerliste eingetragenen Personen sprechen zu lassen.

Durch immer häufigere Zwischenrufe aus der Gruppe oppositioneller Lehrer war die Versammlung schon seit einiger Zeit unruhig geworden. Auch bei der Abstimmung über den Antrag auf Schluß der Aussprache kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Landwirte erhoben sich und riefen den Lehrern der Minderheit zu: „Es sind nicht nur Lehrer da!" „Auch wir haben zu bestimmen!" „Wir wollen unsere Schule behalten!" Durch weitere Gegenrufe einzelner Lehrer entsteht Tumult. Die Versammlung erhebt sich und wendet sich mit Entrüstung gegen die Vertreter der Minderheit der Lehrerschaft.

Vorstandsmitglied Neumann (Lodz) ergreift das Wort und beruhigt die Versammlung durch entschiedene Mahnung zur Besonnenheit.

Lehrer Jeß (Andrespol) stellt folgenden Antrag: „Die zu der Tagung des Landesschulverbandes Versammelten beschließen Folgendes: Bei voller Wahrung der Autonomie in sprachlicher und kultureller Hinsicht wollen wir, die deutschen Lehrer des Landesschulverbandes, alle Rechte der staatlichen Lehrer genießen und alle Pflichten teilen und sehen der Auflösung des Landesschulverbandes mit Ruhe und Vertrauen zur Toleranz des polnischen Volkes entgegen." Es entsteht eine kurze Geschäftsdebatte.

Vorstandsmitglied Pastor Dietrich (Lodz): Wir könnten das Telegramm an den Herrn Minister etwas abändern. Der Herr Minister meinte mit seinen Worten, daß der Landesschulverband bedingungslos geschlossen werden muß, er gab uns jedoch die Zusicherung, uns unsere deutschen Schulen zu erhalten. Was uns der Herr Minister sagte, ist herrlich und schön, und wir müßten ihm dafür ein Danktelegramm nach dem andern absenden. Darum schließen wir also nicht den Landesschulverband, denn er ist ja schon geschlossen. (Pastor Dietrich hatte dem ersten Teil der Verhandlungen nicht beigewohnt und war daher über den Zusammenhang der Vorgänge nicht ausreichend unterrichtet. Anm. der Berichterstattung.)

Vorsitzender: Es trifft nicht zu, daß der Landesschulverband schon geschlossen ist, und wir wollen ihn auch nicht von uns aus schließen. Im übrigen wollen wir auch den Wert dieser autonomen Organisation nicht unterschätzen, denn sie bedeutet das geistige Band für das deutsche Schulwesen.

Lehrer Steinke (Izbica) beschwert sich über eine Ungerechtigkeit gegen ihn. Es sei ihm von einem pädagogischen Beirat des Verbandes die Alterszulage vorenthalten worden. Auch sei seiner Gemeinde die Staatsbeihilfe verkleinert worden. Ich habe nichts gegen den Verband, aber es muß darauf geachtet werden, daß solche Ungerechtigkeiten nicht vorkommen.

Direktor Flierl weist darauf hin, daß es wohl möglich sei, daß da und dort ein Irrtum vorgekommen ist. Man möge bedenken, daß der Verband aus dem Nichts entstanden sei und sich alles zur Geschäftsführung und zur Uebersicht notwendige Aktenmaterial erst schaffen mußte. Was habe es für Mühe gemacht, Lehrerverzeichnisse u. a. lückenlos anzufertigen, die Personalbogen und sonstigen Formulare einzubekommen. Uebrigens sei doch jedem, der glaube, daß ihm Unrecht widerfahren sei, die Möglichkeit gegeben, sich beim Vorstand des Verbandes zu beschweren. Daß manchen leistungsfähigen Gemeinden der Zuschuß verkleinert wurde, habe seinen Grund darin, daß ärmere Schulgemeinden weitgehend unterstützt werden mußten. Es gibt viele leistungsfähige deutsche Schulgemeinden, die eine geringere Schulsteuer entrichteten als die polnischen Wirte derselben Gegend. Da sei es nun billig, daß ein Ausgleich geschaffen werde. Ohne diesen Ausgleich, diese gegenseitige Hilfe, hätte eine erhebliche Anzahl von Schulen überhaupt nicht bestehen können!

Lehrer Mantey (Bogucin): Ich spreche im Auftrag meiner Schulgemeinde, wenn ich sage, die Schulgemeinde wünscht, daß der Verband erhalten bleibt.

Landwirt Schendel (Sarnowo): Wir haben die Befürchtung, daß bei einem Wegfall der Staatsbeihilfen oder, wenn die polnischen Gemeinden auch von unsern Wirten Steuern einziehen, die deutschen Schulen nicht bestehen können. Wir sind aber dafür, daß der Landesschulverband am Leben bleibt.

Lehrer Prill (Elsanowo): Meine Gemeinde ist durchaus nicht dafür, daß der Landesschulverband aufgelöst wird. Heute soll es ein freies Polen geben und es soll ein jeder zu seinem Recht kommen. Man wird uns Deutsche hier auch nicht knechten wollen. Heute darf jeder mit freiem Gewissen auftreten und sagen, was er fühlt und was er wünscht. Wir wollen darum auch sagen, was wir wünschen. Wir wollen unsere deutschen Schulen behalten, und das können wir nur, wenn wir eine

Selbstverwaltung der Schulen

haben.

Hierauf erfolgte die Abstimmung über die von der Verbandsleitung vorgeschlagene Entschließung, die mit erdrückender Mehrheit angenommen wurde. Von etwa 250 Vertretern stimmten nur 28 dagegen. Damit erübrigte sich die Abstimmung über den Beschlußantrag des Lehrers Jeß, der sich übrigens als Kundgebung eines Teiles der Lehrerschaft kennzeichnet und deshalb nicht dem Vertretertag der Schulgemeinden zur Beschlußfassung unterbreitet werden kann. Der Vorsitzende dankte der Versammlung für die Ruhe und Sachlichkeit, mit der die Angelegenheit im großen und ganzen behandelt wurde, und sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Schulwesen in Polen unter allen Umständen, was auch die Zukunft bringen möge, für alle Zukunft erhalten bleibe, dem deutschen Volkstum wie dem polnischen Staate zum Heile. Wenn der Landesschulverband wirklich aufgelöst werden sollte, so müsse der Lehrerschaft bange sein vor der ungeheuren Last der Verantwortung, die hinfort sie allein tragen müsse für ihre hohen Erziehungsaufgaben, aber er sei überzeugt, daß die deutschen Lehrer alles daran setzen werden, die verdoppelten Pflichten im Gefühle ihrer großen Verantwortlichkeit in Treue zu erfüllen.

Pastor Gerhardt sprach sodann ein zu Herzen gehendes Schlußwort, worin er zur Einigkeit im Guten ermahnte. Der gemeinsame Gesang „Laß mich Dein sein und bleiben, Du treuer Gott und Herr," beendete die denkwürdige Tagung.

* *

Für Nachmittag desselben Tages, um 6 Uhr, hatte die Leitung des Deutsch-evang. Landesschulverbandes die Lehrer der dem Verband angeschlossenen Schulen zu einer Beratung über die schwebenden Fragen des Landesschulverbandes eingeladen. Die Versammlung war von etwa 150 Personen besucht, darunter als nichtstimmberechtigte Gäste auch eine Anzahl Lehrer von den Lodzer städtischen Schulen und einige Landwirte. Den Vorsitz führte auch hier Direktor Korodi. Nach einer einleitenden Begrüßung, worin die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß der Verlauf auch dieser Sitzung, wo die Lehrer unter sich sind, den gleichen würdigen Verlauf nehme, wie — abgesehen von der einen Unterbrechung, die durch den versuchten Terror der Minderheit hervorgerufen wurde, — die vorausgegangene Tagung der Hauptversammlung, berichtete der Vorsitzende kurz über die Ergebnisse dieser Verhandlungen am Vormittag.

Die kleine Gruppe von Lehrern, die sich für die Verstaatlichung der deutschen Schulen einsetzen und nur davon die Erhaltung des deutschen Schulwesens in Polen erhoffen (!), hatte schon in der Hauptversammlung, wie oben berichtet wurde, einen Beschlußantrag eingereicht, wonach die Lehrerschaft der Auflösung des Landesschulverbandes „mit Ruhe" und „mit Vertrauen zur Toleranz des polnischen Volkes entgegensehen". (Antrag Jeß und Genossen.)

Diesem Antrag stand gegenüber die von der Hauptversammlung angenommene, im obigen Bericht mitgeteilte Entschließung.

Die Vertreter des Antrages Jeß stellten im Laufe der stellenweise recht lebhaften Erörterung, die sehr deutlich merken ließ, daß nur eine bescheidene Minderheit auf dem Boden dieses Antrages stand, plötzlich einen dritten Antrag, der besagte, es solle auf der heutigen Tagung der Lehrer überhaupt keine Entschließung gefaßt werden, da die richtige Vertretung der Lehrer am nächsten Tag, im Beisein eines Regierungsvertreters, — in den Räumen des polnischen Lehrervereins, Andreasstraße 4, — stattfinden werde, wo man seiner Meinung freien Ausdruck geben könne. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß den freien Meinungsäußerungen hier nicht die geringsten Schranken gesetzt werden und daß doch die Abwesenheit des Regierungsvertreters keinen freien Mann hindern dürfe, seiner Meinung klaren und offenen Ausdruck zu geben, auch stelle diese Versammlung die legale Vertretung der Lehrerschaft dar, während die morgige Versammlung (im Lokal des polnischen Lehrervereins) nur von privater Seite, durch eine kleine Gruppe von Lehrern aus eigener Initiative eingeladen worden sei und auch nicht etwa vom Lehrerverband, — immerhin wolle er diesen Antrag als den weitestgehenden an erster

Stelle zur Abstimmung bringen. Der Antrag wurde von der Mehrheit abgelehnt. Vertreter der Minderheit forderten nun ihre Anhänger auf, den Saal zu verlassen. Dieser Aufforderung wurde jedoch nicht Folge gegeben. Für den Antrag, den Beschluß der Hauptversammlung sich zu eigen zu machen, stimmten 40 Lehrer; als hierauf zur Gegenprobe geschritten wurde, meldete sich keiner der Anwesenden. Die Zahl der Stimmenthaltungen konnte unter diesen Umständen nicht festgestellt werden. Unzweifelhaft fest stand nur, daß die ganz überwiegende Mehrheit sich für die Selbstauflösung des Landesschulverbandes nicht zu begeistern vermochte.

Redner der Mehrheit betonten in der weiteren kurzen Aussprache, daß eine Selbstauflösung des Landesschulverbandes mit den Interessen des deutschen Schulwesens in Polen nicht vereinbar wäre; werde hingegen die Auflösung des Landesschulverbandes von Seiten der Regierung bewirkt, so müsse man sich dieser Maßnahme selbstverständlich fügen und dann im Rahmen der gesetzgebenden Körperschaft (Konstituante) für das Recht der Selbstverwaltung eintreten. Schließlich stellte der Vorsitzende fest, daß die Meinungen über den zur Verhandlung stehenden Gegenstand eigentlich im Grunde nur in der Frage des taktischen Vorgehens auseinandergingen; die Hauptsache sei, daß die Lehrerschaft eines Sinnes ist in dem Willen, das deutsche Schulwesen in Polen als solches zu erhalten, und in diesem Punkt, also im Wesen der Sache, habe sich eine erfreuliche einmütige Übereinstimmung nicht nur auf der Tagung der Hauptversammlung, sondern auch in der jetzigen Aussprache der Lehrerschaft ergeben. Das sei mehr wert als alle Resolutionen, besonders wenn diese dazu beitragen sollten, eine Spaltung unter der Lehrerschaft hervorzurufen. Mit dem Wunsch, daß diese innere Einheit der deutschen Lehrerschaft in Polen für alle Zukunft erhalten bleiben möge, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Sonderbarer Weise erregte diese Feststellung, in der die Versammlung ihren harmonischen Abschluß fand, nicht den Beifall einiger Lehrer der Minderheit; sie ergingen sich nach Schluß der Versammlung in Zurufen: „Wir brauchen keine preußischen Führer, die uns übertölpeln!" „Gehen Sie nach Berlin!" und dergleichen mehr, um ihrem Unmut über ihren offenkundigen Mißerfolg einigermaßen Luft zu machen.

* *

Unter der Spitzmarke „Versammlung der deutsch-evangelischen Landlehrer" veröffentlichte die „Neue Lodzer Zeitung" vom 8. Januar das folgende „Eingesandt":

Am 4. Januar d. J. fand im Lokale des christlichen Lehrervereins, Andrzejastraße Nr. 4, eine Versammlung der Lehrer der deutsch-evangelischen Schulen aus 15 Kreisen Polens statt, auf der folgende Resolution gefaßt wurde:

Wir erachten den uns durch die Okkupanten aufgezwungenen deutsch-evangelischen Landesschulverband als eine sowohl in politischer, so auch in pädagogischer Beziehung schädliche Institution. In politischer Beziehung, insofern er zur Spaltung der in Polen ansässigen deutschen Bevölkerung und der polnischen Gesellschaft führt, zugleich aber zur Bildung eines Elementes strebt, das sich staatliche Funktionen aneignet und der Kontrolle hinzieht. Schädlich in pädagogischer Beziehung, da er zur Heranbildung solcher Bürger führt, die ihrem Reiche entfremdet und als ergebene Werkzeuge für fremde Faktoren dienen werden. Gestützt auf eigene Überzeugung, sowie auf zahlreiche Stimmen aus der Mitte der Eltern der Kinder, die wir unterrichten, verlangen wir:

1) sofortige Liquidierung des deutsch-evangelischen Landesschulverbandes;

2) Einverleibung unserer Schulen in das Schulnetz der öffentlichen und allgemeinen Schulen;

3) Beseitigung der Personen, die den Schulverband ins Leben gerufen haben;

4) Verstaatlichung des deutsch-evangelischen Lehrerseminars in Lodz, mit Berücksichtigung der Bedürfnisse der deutsch-evang. Bevölkerung in Polen, wie auch die Anstellung qualifizierten Lehrpersonals und Bestätigung eines entsprechenden Lehrprogramms;

5) wir bitten die staatliche Behörde um eine Intervention in Sachen der Regelung unserer Forderungen bis zum Tage der Auflösung des Schulverbandes;

6) während wir weiter auf den Lehrerposten an den deutsch-evangelischen Schulen verbleiben, erachten wir uns nicht mehr als Mitglieder des deutsch-evangelischen Landesschulverbandes.

Gleichzeitig wurde folgendes Telegramm an den Herrn Minister für Kultus und Unterricht abgesandt:

„Die am 4. Januar 1919 aus 15 Kreisen Polens in Lodz versammelte Lehrerschaft der deutsch-evangelischen Schulen des uns aufgezwungenen Landesschulverbandes drückt dem Herrn Minister der Volksaufklärung für den in Angelegenheit der Auflösung des Schulverbandes und der Einverleibung der deutsch-evangelischen Schulen in Polen eingenommenen Standpunkt ihren tiefgefühlten Dank aus und versichert treue Bürger des Polnischen Landes zu sein und zu solchen auch die anvertrauten Kinder erziehen zu wollen."

Nachdem wurde folgendes Telegramm an Generalsuperintendenten Herrn Bursche abgesandt:

Die am 4. Januar 1919 aus 15 Kreisen Polens in Lodz versammelte Lehrerschaft hat eine Resolution angenommen, der zufolge der ihr durch Organe der Okkupation aufgezwungene Landesschulverband aufgelöst und die Schuljugend im evangelischen Geiste unseres Landes erzogen werden wird. Wir begrüßen in Seiner Hochwürden dem Herrn Generalsuperintendenten den Vertreter unserer Landeskirche und bitten um Unterstützung unserer Bestrebungen bei der diesbezüglichen Behörde.

Im Auftrage der Lehrerkommission:
Waldemar Schramm-Grabieniec,
Paul Jeß-Andrespol.

Zu dieser Kundgebung der Lehrerminderheit ist zu bemerken, daß es sich hier nicht um eine Versammlung der deutsch-evang. Landlehrer handelt. Der größte Teil der Landlehrer war hier nicht vertreten. Eine ganze Anzahl von Lehrern, die an der Versammlung teilnehmen wollten, um sich über die Vorgänge persönlich zu unterrichten, entfernte sich aus dem Versammlungslokal vor Eintritt in die Tagesordnung, sobald sie merkten, was geplant war. Es mögen nach den uns zugekommenen Berichten etwa 70 Lehrer hier getagt haben, darunter auch Lehrer der Lodzer städtischen Schulen, die dem Landesschulverband nicht angeschlossen sind. Die Verhandlungen wurden unter Mitwirkung eines städt. Bezirksschulinspektors und des Herrn Pastors Hadrian geführt.

Die oben mitgeteilte Minderheitsresolution unterscheidet sich übrigens sehr wesentlich von dem Beschlußantrag derselben Lehrergruppe, den diese in der vom Landesschulverband eingeladenen Lehrerversammlung eingereicht hatte, worin doch auch — wenn auch logisch etwas unklar — von Autonomie-, d. h. Selbstverwaltungsforderungen gesprochen wurde. In der vorliegenden Resolution sucht man darnach vergebens. Es erinnert dies Vorgehen lebhaft an eine Äußerung des Vorsitzenden in der Lehrerversammlung am Vortag über die „doppelte Buchführung der Gesinnung", die den Lehrern der Mehrheit zugemutet wurde, da Vertreter der Minderheit an sie das Ansinnen stellten, sie mögen gegen Abend persönlich für die Auflösung des Landesschulverbandes stimmen, nachdem sie vor dem Mittagessen, als Vertreter der Schulgemeinden, dagegen gestimmt haben. Jetzt erst — in der Minderheitsresolution und den beiden Telegrammen vom 4. Januar — tritt die wahre Meinung dieser Minderheit ganz unverhüllt und ohne störendes Beiwerk in die Erscheinung; und das ist für den unbefangenen Beobachter von großem Wert. Auch unsere polnischen und auch die jüdischen Mitbürger sind so in der Lage, die ganzen Vorgänge richtig einzuschätzen. Vor diesem Urteil braucht der Mehrheit nicht bange zu sein!

* *

Weitere Aufklärung über den Gang der Entwicklung brachte die folgende Notiz, die am selben Tage (8. Januar) die hiesigen Zeitungen veröffentlichten und die ihnen offenbar von zuständiger Seite zugegangen war:

„In Sachen des weiteren Bestehens des Deutsch-evang. Landesschulverbandes in Polen hat der Regierungskommissar A. Rzewski gestern dem Unterrichtsministerium unter Bezugnahme auf Presseäußerungen ein Telegramm gesandt, worin um Erteilung von Instruktionen bezüglich des weiteren Bestehens dieser Institution ersucht und gleichzeitig auf die aufgeregte Stimmung bei der polnischen Gesellschaft in dieser Sache hingewiesen wird."

Sollte die Auflösung des Landesschulverbandes nun tatsächlich erfolgen, so hat das Deutschtum in Polen wenigstens die Genugtuung, daß diese Auflösung der wichtigsten kulturellen Organisation der hiesigen Deutschen nicht aus eigenem Antrieb erfolgte, wenn auch unter leidenschaftlicher Mitwirkung einer verhältnismäßig kleinen Gruppe von Volksgenossen, die ihre eigenen materiellen Interessen dem Gesamtwohl nicht unterzuordnen vermochten. Die Landwirte standen geschlossen hinter dem Landesschulverband, und die Mehrheit der Lehrerschaft vertrat ohne Zweifel den Standpunkt, den einer ihrer Amtsgenossen während der Hauptversammlung mit so bewundernswertem Freimut zum Ausdruck brachte, indem er erklärte, daß die Lehrer gern auch um die Hälfte des Gehaltes ihren Dienst versehen wollten, wenn ihnen nur die deutsche Schule erhalten bliebe. Dies erhebende Bekenntnis bezeichnete wohl den Höhepunkt der Verhandlungen und der ganzen Erörterung über die Zukunft des deutschen Schulwesens in Polen!

Die deutsche Volkspartei

hielt in den letzten Tagen eine Reihe öffentlicher Wählerversammlungen ab, u. a. am 5. d. M. in Sulzfeld, wo Herr Gustav Ewald einen Vortrag hielt. Die Versammlung war sehr gut besucht. Am selben Tage sprachen die Herren Friese, Zirkler und Schöler in Konstantynow vor einer stark besuchten Versammlung. Am 6. d. M. fanden sodann in Pabianice, in Zgierz, in Adamow und in Alexandrow Versammlungen statt, welche alle sehr stark besucht waren. In Alexandrow, wo die Herren Neumann und Ewald sprachen, erwies sich das Lokal als zu klein, sodaß die Erschienenen an den geöffneten Fenstern dem Vortrage zuhörten. In Pabianice sprachen die Herren Henning, Neumann, Wolff und Zirkler. Es mögen 1500 Wähler zugegen gewesen sein. Ein Ausschuß zur weiteren Erledigung der Werbearbeit wurde eingesetzt. In Zgierz sprachen die Herren Zerndt, Fiedler und Follak. Auch hier wurde ein Wahlausschuß gewählt. Am 7. d. M. sprach Herr Friese in Radogoszcz vor einer gut besuchten Versammlung und am 8. Herr Ewald in Marjanow. In allen Versammlungen sprachen sich die Anwesenden für das Programm der deutschen Volkspartei aus und versprachen nach Möglichkeit für die Wahl der Liste der Partei zu arbeiten. Weitere Versammlungen sind vorbereitet für den 12. d. M. um

1 Uhr in Lipianki, für denselben Tag um 5 Uhr in Tomaschow, den 14. um 2 Uhr in Rokicie (Saal Obermann), den 19. um 12 mittags in Pabianice (Turnhalle), desgleichen für den nämlichen Tag um 2 Uhr in Ozorkow und um 12 Uhr in Wygorzele. Die Kandidaten der Deutschen Volkspartei für die Kreise Lodz, Lask und Brzeziny sind die Herren Ludwig Wolff, Oberlehrer in Pabianice, Oskar Friese, Angestellter in Konstantynow, Otto Henning, Landwirt in Karniszewice, Artur Zerndt, Fabrikant in Zgierz, Alexander Egler, Landwirt in Königsbach, Wilhelm Kohlmann, Müller in Strykow, August Gruber, Landwirt in Grünberg, August Follak, Lehrer in Lodz, Gustav Bloch, Landwirt in Grabiniec und Johann Krause, Landwirt in Andrespol. Diese Liste hat die Nummer 9 erhalten. Alle 21 Jahre alten deutschen Männer, Frauen, Jünglinge und Jungfrauen müssen sich jetzt überzeugen, ob sie in der Wählerliste eingetragen sind, dann haben sie nichts weiter zu tun, als am 26. d. M. zum Wahllokal zu gehen und dort einen weißen Zettel abzugeben, welcher die Nummer 9 enthält.

Ein Schauspieler im Dienst der Liebe.

(Schluß.)

Dieses Gelöbnis bekräftigte der tiefbewegte Mann den Ordensbrüdern durch herzlichen Handschlag. Darauf schickte er sich an, den Vater nach seiner Heimat in Palermo zu geleiten. Dort führte er ihn der hochbetagten Mutter und den Geschwistern in die Arme. Die Beglückten konnten das Wunder der Rückkehr des greisen Mannes kaum fassen. Sie hätten an seine Rettung nicht geglaubt, wenn er nicht leibhaftig vor ihnen gestanden hätte. Von da eilte Leo Bancolo nach Venedig, um sich bei seinem Gönner, dem Dogen, Urlaub zu holen zu einer Kunstreise durch Italien, deren Ertrag dem Werke der Sklavenbefreiung dienen sollte. Überall ging die Geschichte der wunderbaren Auffindung seines Vaters ihm voran und gewann ihm im voraus die Herzen der Menschen.

Das Vorhaben gelang über Erwarten gut, und an jedem Orte vermehrte sich die in seinen Händen befindliche Summe. Aber es war doch ein hohes Ziel, daß er sich gesteckt hatte; denn als er nach Jahresfrist nach Venedig zurückkehrte, so fehlten fast noch 1000 Goldstücke. Er beschloß, die Reise mit einer Vorstellung im Theater Fenice in Venedig zu enden, wozu er die ganze Stadt einlud. Zur festgesetzten Stunde war der weite Raum bis auf den letzten Platz von einer atemlos lauschenden Menge gefüllt. Eine Loge war für die Brüder des Ordens von der heiligen Dreifaltigkeit vorgesehen, die diese kurz vor Beginn der Vorstellung einnahmen.

Es wurde ein von Bancolo eigens für diesen Tag gedichtetes Stück aufgeführt. Als der Vorhang in die Höhe ging, erblickten die Zuschauer einen Jüngling, der durch einen Überfall von Seeräubern nicht nur seine ganze Habe, sondern auch seinen heiß geliebten Vater verlor. Um ihn zu suchen, wurde er Seesoldat und kam in seinem Berufe weit in der Welt herum; aber wie sehr er auch forschte und fragte und auf jeden Fingerzeig achtete, keine Spur des teuren Mannes war zu entdecken. Schon wollte er in seiner Hoffnung verzagen, als er einen edlen Menschenfreund fand, der in ihm eine hohe Begabung für die darstellende Kunst entdeckte und ihm die Mittel zu ihrer Ausübung darreichte. So wurde der junge Mann Schauspieler und betrat damit die Bahn großen Ruhmes. Aber dies war nicht sein eigentliches Ziel; sondern das erworbene Geld sollte lediglich das Mittel sein, den Loskauf seines Vaters aus der Knechtschaft zu bewirken. Unerwartet ging der Wunsch in Erfüllung. Er begegnete den Brüdern vom Orden der heiligen Dreifaltigkeit, die ihm nicht nur seinen Vater suchen und befreien halfen, sondern ihn in ihre Mitte nahmen, damit er als einer von ihnen sein ganzes weiteres Leben der großen und heiligen Sache der Sklavenbefreiung widme. Das Schlußbild zeigte den Helden in den Tagen des Alters, indem er auf eine große Zahl von befreiten Sklaven blickte, die ihn als ihren Vater verehrten.

Bancolo, der die Hauptrolle gab, spielte so herrlich wie keinmal zuvor, so daß alle Zuhörer aufs tiefste ergriffen waren. Daher entfesselte das Stück einen rauschenden Beifallssturm. Nachdem der Vorhang gefallen war, forderte das Volk stürmisch sein Wiedererscheinen, um ihm für diesen Genuß zu danken. Daher trat er nochmals auf die Bühne und sagte etwa folgende Worte: „Liebe Freunde, was ihr geschaut habt, war mein eigenes vergangenes und mein zukünftiges Leben. Ihr wisset, wo hinaus ich will. Beschließt heute auf meine Bitte ein gutes Werk zu tun; helft mir, meine Sammlung zu vollenden, die ich den frommen Brüdern vom Orden der heiligen Dreifaltigkeit gelobt habe. Bereits 19000 Goldstücke habe ich für das edle Werk der Sklavenbefreiung beisammen. Möge der heutige Tag die letzten 1000 einbringen! Ich habe unternommen, das Elend der unglücklichen Sklaven zu schildern, die unter dem Joche der Ungläubigen schmachten. Ihr, die ihr euch der goldenen Freiheit erfreuet, gedenket nun eurer bedrängten Brüder mit den Gaben eurer selbstlosen Liebe! Die Erkenntnis, was die Freiheit wert ist, möge euch antreiben zu spenden, was die Hand nur irgend vermag. Auch das geringste Scherflein ist dem Heiland angenehm und wird von ihm gesegnet."

Nach diesen Worten trug Leo Bancolo mit seinen Händen eine große zinnerne Schüssel durch die Reihen der Anwesenden, die mit vollen Händen ihre Gaben ausschütteten. Wer kein Geld bei sich hatte, warf Ringe, Spangen, Ketten und Armbänder hinein. Es war eine solche Fülle, daß Bancolo dreimal umkehren mußte, um den Segen auszuleeren, bis der letzte Geber seine Spende geopfert hatte. Zum Schluß überwies der Sammler den ganzen Reichtum den Mönchen mit den Worten: „Ehrwürdige Herren, nehmen Sie mit diesen Geschenken den unwürdigen Sammler, der bereit ist, von heute an sein gegebenes Wort einzulösen."

Gerührt zogen die Mönche den Schauspieler an ihre Brust, nachdem sie die Aufrichtigkeit seines Willens erkannt hatten. Am andern Tage reiste er mit ihnen ab, um seinen neuen Beruf anzutreten. Darin fand er seine volle Befriedigung, und allen Ordensgenossen tat er es voran an Eifer im Sammeln und in Hingabe an die große Sache. Bald ging die Zahl der von ihm losgekauften Sklaven in die Hunderte. Durch 20 Jahre ist er in dieser Weise tätig gewesen und hat dadurch viel zur Erfüllung des alten Prophetenwortes beigetragen, das allen Gefangenen die Freiheit versprach, wenn nur erst der Erlöser der Welt sein Reich auf Erden werde errichtet haben.

Noch ist es nicht soweit.

Wochenschau.

Unserem im Werden begriffenen polnischen Vaterlande erwachsen neben den von außen kommenden Hemmungen auch solche im Inneren des Landes, die den Fortschritt des Ganzen aufzuhalten drohen. So kam aus Warschau die überraschende Nachricht, daß die Nationaldemokraten in der Nacht vom 4. zum 5. Januar einen Staatsstreich gegen die jetzige Regierung unternommen hatten, der jedoch vollständig mißlungen ist. Die Verschwörung setzte der Führer der Nationaldemokraten, Fürst Eustachy Sapieha ins Werk. Unter Führung des Obersten Januszajtis verhafteten eine Anzahl polnischer Offiziere den Ministerpräsidenten Moraczewski, den Minister des Äußeren Wassilewski und andere hohe Persönlichkeiten. Auf den Minister des Innern Thugutt wurde ein Revolverattentat verübt, ja man versuchte bis zum Landeschef vorzudringen. Glücklicherweise schritten die wirklichen Behörden rechtzeitig ein, befreiten die verhafteten Regierungsvertreter und setzten dagegen die Anführer der Verschwörung in Haft. Es wurde hierbei alles vermieden, was einen Bruderkampf herbeiführen konnte. Die Bevölkerung ist ob dieses Vorfalles sehr entrüstet, was in einem Streik der Warschauer Straßenbahnangestellten seinen Ausdruck fand. Die Regierung erließ Aufrufe in denen der Vorfall in eindringlichen Worten zur Sprache kommt, ferner wird bekanntgegeben, daß aus Anlaß der sich mehrenden Ereignisse, die die öffentliche Sicherheit stören, über Stadt und Kreis Warschau der Ausnahmezustand verhängt worden ist. Wie eine spätere telegraphische Mitteilung aus Warschau berichtete, kamen der Landeschef Pilsudski, Paderewski und Prof. Grabski zusammen, um im Zusammenhang mit obigen Ereignissen über eine Umwandlung des Kabinetts zu beraten.

Die Nachrichten aus Posen lassen erkennen, daß die polnischen Truppen dort erfolgreich tätig sind; ihr Vormarsch dauert an. Wiederum sind mehrere Städte und kleine Ortschaften von ihnen besetzt worden. Allerorts stoßen die Truppen auf Abteilungen des „deutschen Heimatschutzes", der von den Deutschen zur Verteidigung ihrer Ostgrenzen gebildet wurde, die man unter allen Umständen bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz halten will. In Gnesen und Strehlen kam es zwischen beiden Gruppen zu heftigen Kämpfen.

In Berlin fanden große Kundgebungen statt. Die demokratische Partei Deutschlands und die Sozialdemokraten hielten am Bismarckdenkmal Versammlungen ab, an der eine halbe Million Menschen teilnahmen, die alle für eine deutsche Nationalversammlung eintraten und scharfen Protest gegen jeden Terror der Spartakusleute erhoben. In einem anderen Stadtteile kamen die Anhänger der Umsturzbewegung zusammen; hier sprach unter anderen Rednern der russische Bolschewist Radek, gegen dessen und seiner Genossen Aufenthalt in Deutschland die deutsche Regierung in Petersburg Protest erhob.

Nach einer telegraphischen Meldung ist nunmehr auch in Italien die Revolution ausgebrochen; das Land steht vor dem Umsturz.

—nn.

Verantwortlicher Herausgeber und Schriftleiter: Gustav Ewald, Lodz. Druck: Gebr. Smolarski, Petrikauer Str. Nr. 44.